



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. März 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

31.

Punkt 32 der Tagesordnung: Wohnungsbau

Antrag: SPD

Vorlage: 2019/0118

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 32 zur Behandlung auf.

Stadtrat Pfalzgraf (SPD): Teil zwei der Rede. Auch hier ein großes Lob an die Verwaltung. Sie unterstützen uns darin, Mosaiksteinchen und Stellschrauben zu suchen, um etwas in Sachen Wohnungsbau zu tun. Unsere ersten beiden Punkte haben Sie zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Den dritten Punkt, wo wir uns wünschen, dass mit dem Landkreis mehr Kontakt aufgenommen wird, verweisen Sie auf den Nachbarschaftsverband, aber da möchten wir gerne, dass noch etwas intensiver gearbeitet wird. Wir haben zum Beispiel festgestellt, dass beispielsweise die Wohnraumakquise, die auch nur ein winziger Teil ist, aber auch dazu beiträgt, dass es dort auf sehr positive Ohren stößt, gar nicht so richtig bekannt ist. Das sind so diese kleinen Dinge, von denen wir meinen, dass man da mehr Kontakt mit dem Umland suchen sollte. Ansonsten sind wir mit der Antwort zunächst mal einverstanden.

Jetzt komme ich noch mal zurück auf den zweiten Teil von vorhin, weil die Zeit nicht gereicht hat. Ich werde es nicht mehr wie eben fortführen. In diesem Haus war es bisher immer guter Stil, wenn man einen Antrag gestellt hat, hat man vielleicht gewonnen oder vielleicht verloren, man hat ihn wie eben in einen Ausschuss verwiesen, man hat sich nach anstrengender Diskussion, manchmal auch sehr harter Diskussion, irgendwo gefunden und man war bestrebt, eine Lösung zu suchen, auch musste man mal einsehen, dass man vielleicht falsch lag. Wenn jetzt unsere beiden Wohnungsbauexperten feststellen, dass sie sich

vergaloppiert haben, dann aber die Dreistigkeit besitzen, so wie im Redebeitrag von Herrn Schmitt, die Statistik der Verwaltung anzuzweifeln, und damit eigentlich klar machen, der ganze Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren jedes Mal den Fehler gemacht, dass er der Verwaltung geglaubt hat, wenn sie Statistiken vorgelegt hat - allerdings habe ich in dieser Zeit nie eine Kritik über diese Statistik gehört, auch nicht von Herrn Schmitt - insofern ist es eine Frage des politischen Anstandes, wie man mit so etwas umgeht und wie man etwas in der Öffentlichkeit darstellt und gleichzeitig die Kolleginnen und Kollegen des Hauses diskreditiert. Das ist eine Frage des politischen Anstandes, und der ist Ihnen wohl verloren gegangen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Manche Dinge sind auch besser behandelt, wenn man sie nicht noch einmal breittritt. Ich glaube, es war schon alles gesagt, deshalb dazu kein Wort. Die SPD bringt zurecht das Thema Wohnungsbau, durchaus auch zeitlich verständlich vor dem Kommunalwahltermin, noch einmal ins Gespräch. Ich rüge das eigentlich nicht. Die Antwort von Ihnen, sehr verehrter Herr Pfalzgraf, hätte auch lauten können, die Verwaltungsantwort hat unsere Fragen voll und ganz erledigt. So sehe ich das auch und bin auch dankbar für die Antwort der Verwaltung. Aber eines - Sie werden das nicht miterleben, aber viele andere werden den nächsten Gemeinderat erleben - wenn Sie uns das wirklich antun wollen, dass wir solche Fragen im Gemeinderat abarbeiten, so wie es in der Fragestellung lautet, also was in den einzelnen Ämtern, HGW und Ortsverwaltungen und so weiter erarbeitet wird, im Gemeinderat zur Beratung vorgelegt werden, wo soll diese Reise dann hingehen? Also ich glaube, das war eine redaktionelle Fehlleitung Ihres Antrages, aber wie es gemeint war, haben wir verstanden. Ich bin auch voll und ganz auf Ihrer Seite, dass die Region in dieses Thema einbezogen werden muss. Ob es auf diesem Wege sein muss, ist eine andere Frage, aber die Verwaltung hat gelobt, dass sie da weiter machen wird. Ein letzter Punkt, der jetzt auch für uns als CDU-Fraktion wichtig ist. Wenn die Verwaltung, wie auch immer die Gelegenheit hat, über Umwidmung von Immobilien, Verkäufen, Kaufgelegenheiten nachzudenken, dann sollte man verstärkt auch darüber nachdenken, ob man solche Immobilien, vielleicht ehemalige Verwaltungssitze und so weiter, auch in Wohnraum in der Innenstadt umnutzt. Das ist ein Thema, das hat die FDP durchaus auch schon zur Diskussion gebracht. Meine Partei und meine Fraktion, vertritt diesen Gedanken immer mehr, von daher bitte ich, dieses auch mit ins Kalkül einzubeziehen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Ich schließe mich der Einschätzung der CDU an, dass die Verwaltung eigentlich schon alles macht, was in dem Antrag gefordert war, vielleicht ein bisschen intensiver in Zukunft, aber im Prinzip es auch schon bisher macht. Natürlich ist Wohnen ganz wichtig. Wir kümmern uns auch schon darum, und wir hoffen darauf, in der nächsten Gemeinderatssitzung mit unserem Antrag noch ein bisschen weiterzukommen, der eben auch lautet, keine städtischen Wohnungen und Grundstücke mehr zu verkaufen, damit die Einflussmöglichkeiten bleiben.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben keine Sitzung in diesem Saal, wo wir nicht über Wohnungen in Karlsruhe sprechen, das ist wahrscheinlich gut und notwendig. Der SPD-Antrag hat drei Punkte. Die Verwaltung antwortet zu Punkt eins, das tun wir schon, zu Punkt zwei, das tun wir schon, zu Punkt drei, das tun wir schon. Man kann sich selbstverständlich fragen, warum die SPD diesen Antrag gestellt hat, aber die Antwort können wir wahrscheinlich alle erraten. Jetzt soll man vielleicht in einen SPD-Antrag nicht mehr hineininterpretieren, als was tatsächlich in dem Antrag steht. Trotzdem lesen wir Liberale immer sehr genau die Geschichte, wenn das Wort Privateigentum in einem SPD-Antrag steht. Wenn

man die SPD-Geschichte kennt, muss man wachsam sein. Deshalb sagen wir nur ganz leise, liebe SPD, Privateigentum ist Privateigentum, aber Sie haben recht, Herr Kollege Pfalzgraf, Respekt - jeder blamiert sich, so gut er kann.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Nur kurz, vielen Dank für diesen Antrag, den werden wir uns gut aufheben und bei Gelegenheit dann wieder rausziehen.

Stadtrat Schmitt (pl): Ja, Herr Kollege Pfalzgraf, wenn Sie mir den Ball nun zum zweiten Mal auf den Elfmeterpunkt legen, dann muss ich eben noch mal Anlauf nehmen. Ich denke, als Erstes sollten Sie mal lernen, dass es zwischen einer Statistik und einer Prognose einen Unterschied gibt. Statistik bildet Daten der Vergangenheit ab, und die Prognose gibt Daten für die Zukunft an. Das, was ich hier anzweifle, ist keine Statistik, sondern eine Prognose, das zum Punkt eins. Zum Zweiten, hatten Sie bei der Veranstaltung in der Waldstadt eine Falschaussage gemacht. Sie sagten, es würden bis zum Jahr 2035 so und so viele Wohnungen gebraucht. Wenn Sie sich die Prognose genau angeschaut hätten, hätten Sie zum Beispiel festgestellt, dass bis zum Jahr 2025, also zehn Jahre vorher, schon ein Zuzug gegenüber 2015 von 23.000 Einwohnern prognostiziert wurden. Von 2025 bis 2035 sind es nur noch 2.000 und von heute bis 2025 sind es noch exakt fünf Jahre und neun Monate. Können Sie mir erklären, wie wir in fünf Jahren und neun Monaten, Wohnungen für 23.000 Einwohner in Karlsruhe schaffen können? Wenn Sie das glauben, können Sie auch an den Weihnachtsmann glauben. Ein Anstieg von 23.000 Einwohnern hatten wir in den letzten 20 Jahren, aber nie in nur sechs Jahren.

Der Vorsitzende: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, damit ist der Antrag erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. April 2019

